



An die
Stadtverwaltung Zweibrücken
- Meldebehörde -
Maxstraße 1
66482 Zweibrücken

über

GeWoBau GmbH Zweibrücken
als Sanierungsträger der Stadt Zweibrücken (vormals GWS)
Schloßplatz 11
66482 Zweibrücken

Antrag auf Gewährung eines Zuschusses aus Städtebaufördermitteln

Ich/Wir beantrage(n) einen Zuschuss aus Städtebaufördermitteln nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen vom 17.11.20014 (MinBl. 2004, S. 427).

Die folgenden Angaben unterliegen den Rechtsbestimmungen über den Datenschutz. Bitte füllen Sie den Antrag mit Schreibmaschine oder in Druckschrift vollständig aus.

Eine Prüfung der Förderfähigkeit der Maßnahme ist erst nach Vorlage sämtlicher Unterlagen (zweifach) durch den Antragsteller möglich. Eine Einreichung der Unterlagen und damit verbundene Planleistungen und Kosten berechneten nicht zur Kostenerstattung.

1 Antragsteller

1.1 Angaben zur Person / Firma

Name / Firma			Rechtsform der Firma
<input type="checkbox"/> Privater Haushalt	<input type="checkbox"/> Gewerbe/Handel/Dienstleistung	<input type="checkbox"/> Industrie	<input type="checkbox"/> Landwirtschaft
Zutreffendes bitte ankreuzen			
Vorsteuerabzugsberechtigung	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
Zutreffendes bitte ankreuzen			
Straße, Haus-Nr.		Postleitzahl	Wohnort
Telefon-Nr.		ggf. Telefon-Nr. Architekt	
Bankinstitut		IBAN	BIC

1.2 Angaben zum Anwesen, das modernisiert / instandgesetzt werden soll

Gemarkung	
Flurstücks-Nr.	
Grundstücksfläche in m ²	
Straße, Hausnummer	
Baujahr Gebäude	
m ³ umbauter Raum Ermittlung nach DIN 277	
m ² Hauptnutzfläche Wohnen Ermittlung der Wohnfläche nach der Wohnflächenverordnung - WFIV	
m ² Hauptnutzfläche Gewerbe Ermittlung der gewerblich genutzten Flächen nach der DIN 277	
Anzahl Stellplätze (vorhanden / geplant)	
Steht das Anwesen unter Denkmalschutz?	ja nein

2 Beschreibung der Modernisierungsmaßnahme

In den folgenden Wohneinheiten (WE) / Gewerberäumen (GE) sind Modernisierungsmaßnahmen beabsichtigt:

Lfd. Nr.	Stockwerk	Nutzung (WE oder GE)	Wohnfläche/Gewerbefläche (m ²)		Miete vor Modernisierung, ohne Nebenkosten (€)		Miete nach Modernisierung, ohne Nebenkosten (€)	
			alt	neu	pro m ²	im Monat	pro m ²	im Monat
1								
2								
3								
4								
5								
6								
7								
8								

Die einzelnen Maßnahmen je Wohn- bzw. Gewerbeeinheit sind im Modernisierungsplan (Anlage 4) ausführlich zu beschreiben.

3 Aufstellung der Kosten nach DIN 276 (Vorkalkulation)

Zur Ermittlung der anrechnungs- und förderfähigen Modernisierungs- und Instandsetzungskosten wird eine Kostenschätzung, aus der sich die Modernisierungs- und Instandsetzungskosten im einzelnen ergeben, benötigt. Diese soll der DIN 276 entsprechen und sämtliche anfallenden Leistungen einschließlich der Baunebenkosten enthalten. Grundsätzlich wird bei Honoraren nur der Mindestsatz der Honorarzone III der HOAI als zuwendungsfähige Ausgabe anerkannt. (s. Muster "Kostenschätzung nach DIN 276")

4 Finanzierung der geplanten Maßnahme

Die Finanzierung ist anhand des Musters "Kosten- und Finanzierungsplan" darzulegen.

5. Inanspruchnahme anderer öffentlicher Mittel

Nehmen Sie andere öffentliche Mittel (ausgenommen die hier gewährten Städtebauförderungsmittel) oder sonstige Vergünstigungen (z. B. der Kreditanstalt für Wiederaufbau) für die Modernisierung in Anspruch?

nein ja

Wenn ja, welche?

6. Zeitliche Planung

6.1 Haben Sie für die geplante Maßnahme bereits einen Lieferungs- oder Leistungsvertrag abgeschlossen?

nein ja

Als Maßnahmebeginn gilt der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages. Planung der Maßnahme, Beantragung und Bewilligung der erforderlichen Genehmigungen, Bodenuntersuchungen und Grunderwerb gelten nicht als Beginn der Maßnahme.

6.2 Wann wird mit der Maßnahme begonnen?

Monat/Jahr

6.3 Wann ist damit zu rechnen, dass die Maßnahme abgeschlossen ist?

Monat/Jahr

7 Erklärung des Antragstellers

Ich/Wir erkläre(n),

- 7.1 mein/unser Einverständnis, dass die Stadtverwaltung Zweibrücken / der Sanierungsträger die Zuschussberechtigung durch Einsicht in meine/unsere Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen sowie durch örtliche Erhebungen prüfen kann;
- 7.2 meine/unsere Einwilligung, dass die Stadtverwaltung Zweibrücken / der Sanierungsträger die aus den Antragsunterlagen ersichtlichen personenbezogenen Daten zur Bearbeitung des Antrages verarbeitet und nutzt soweit dies zur Überprüfung der jeweiligen Bewilligungsvoraussetzungen erforderlich ist oder statistischen Zwecken dient.
- 7.3 dass ich/wir einen beantragten oder bewilligten Zuschuss nicht abtreten werde(n);
- 7.4 dass ich/wir die Zahlung nicht eingestellt habe(n) und über mein/unser Vermögen kein Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder ein Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorstehe, beantragt oder eröffnet worden ist bzw. ich/wir keine eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO (Vorlage eines Vermögensverzeichnisses) abgegeben habe(n);
- 7.5 mit dem Vorhaben noch nicht begonnen zu haben (siehe Anmerkung zu 6.1);
- 7.6 alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben und sie durch Geschäftsunterlagen belegen zu können;
- 7.7 Mir/Uns ist bekannt, dass zu Unrecht - insbesondere aufgrund unzutreffender Angaben oder wegen Nichtbeachtung der geltenden Richtlinien und Bestimmungen des Zuwendungsbescheides - erhaltene Zuschüsse nach den Zuwendungen des Landes geltenden Bestimmungen an die Stadtverwaltung Zweibrücken zurückzuzahlen sind;

7.8 Erklärung über subventionserhebliche Tatsachen und zur Offenbarungspflicht

Ich/wir erkläre(n), dass mir/uns bekannt ist, dass die Angaben zu Nummer 1 bis 6 sowie Nummer 7.3 bis 7.6 dieses Antrages subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind. (Dies gilt insbesondere für die Angaben zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 i. V. m. § 2 UStG.) und dass ein Subventionsbetrug strafbar ist. Nach § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGI. I S. 2034, 2037) (1) trifft den Subventionsnehmer eine sich auf subventionserheblichen Tatsachen erstreckende Offenbarungspflicht.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfts oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einem beantragten Zuschuss (§ 4 Subventionsgesetz).

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers / ggf. Firmenstempel

⁽¹⁾ Art. 2 § 3 des Ersten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität lautet:

- (1) Der Subventionsnehmer ist verpflichtet, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder Subventionsvorteils erheblich sind. Besonders bestehende Pflichten zur Offenbarung bleiben unberührt.
- (2) Wer einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Gesetz oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwenden will, hat dies rechtzeitig vorher dem Subventionsgeber anzuzeigen."

Beizufügende Unterlagen (in zweifacher Ausfertigung):

- 1 Amtlich beglaubigter Auszug aus dem Grundbuch vom _____
- 2 Auszug aus der Flurkarte des Liegenschaftskatasters vom _____
- 3 Zustandsbeschreibung mit Bestandsplänen vom _____
detaillierter Mängelbericht für Gebäude (Baukonstruktionen und technische Anlagen, getrennt je Wohn- und Gewerbeeinheit) und Außenanlagen;
Fotos vom Ist-Zustand des Anwesens (Außen und Innen). Fotos in digitaler Form bitte auch auf CD-ROM beilegen.
- 4.1 Modernisierungsplan vom _____
Beschreibung der geplanten Maßnahmen für Gebäude (getrennt je Wohn- und Gewerbeeinheit) und Außenanlagen; bei baulichen Änderungen mit Bauplänen und -zeichnungen
- 4.2 Bauentwurf Maßstab 1 : 100 mit Leistungsverzeichnis vom _____
nur, sofern auch für bauordnungsrechtliche Genehmigung erforderlich.
- 5 Kostenschätzung nach DIN 276 (Vorkalkulation) vom _____
- 6 Kosten- und Finanzierungsplan vom _____
mit Nachweis der Finanzierung (z. B. Kontoauszug, Bestätigung der Bank ...)
- 7 Sanierungsrechtliche Genehmigung bzw. Stellungnahme
- 8 Sofern erforderlich, Zustimmung/Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde vom _____